

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



## » #BanuMussBleiben

Abschiebung von türkischer Ärztin muss verhindert werden

## » AUS DEM LANDTAG

Mehr Unterstützung für Familien



Liebe Leserinnen und Leser,

die CDU hat Armin Laschet zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Dazu ein aufrichtiger Glückwunsch. Erschreckend ist allerdings, wie viel Rückhalt Friedrich Merz vor und nach der Wahl erfahren hat, auch wenn er sich bei der Abstimmung nicht durchsetzen konnte.

Merz ist ein Politiker aus dem letzten Jahrhundert, mit dem passenden Programm dazu. Er ist ein Methusalem des Neoliberalismus, der immer wieder die alten Lieder von Steuersenkungen anstößt, den Sozialstaat rasieren und in der Gesellschaftspolitik die Uhr zurückdrehen will. Daran sieht man, wie gespalten die Union in vielen Fragen ist.

Die SPD hat ihre Hausaufgaben gemacht und nicht zuletzt durch ihr Sozialstaatskonzept für inhaltliche Klarheit gesorgt. Gemeinsam mit Olaf Scholz ziehen wir in diesen Wahlkampf und werden weiter Überzeugungsarbeit leisten, dass es wieder Zeit wird für einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Euer

Thorsten Brehm



## „QUERDENKER“ – FEINDE DER DEMOKRATIE

Foto: Rüdiger Löster

von RÜDIGER LÖSTER, AK GEGEN RECHTS

Bundesweit wurde für den 3. Januar aus dem Umfeld der „Querdenker“ zu Kundgebungen nach Nürnberg mobilisiert. Nach dem Verbot der Kundgebungen trafen sich trotzdem mehrere hundert Corona-Leugner und Verschwörungsideologen auf dem Hauptmarkt: Dort hatte bereits einige Zeit vorher eine weitere Gruppe eine Kundgebung angemeldet, diese wurde nicht verboten. Allein schon

durch die Teilnahme der Querdenker-Prominenz war klar, dass es eine Ersatzveranstaltung für die verbotenen Kundgebungen ist.

Die Kundgebung fand statt ohne Beachtung des Mindestabstandes und der Einhaltung der Maskenpflicht. Und anschließend wurde noch ein „spontaner“ Demonstrationzug zum Jakobsplatz durchgeführt, dort schloss sich eine weitere einstündige Kundgebung an, die von der Polizei toleriert wurde. »

Damit wurden - wieder einmal - sinnvolle staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie umgangen. Für alle, die sich seit Monaten an die Regeln halten, war das ein Schlag ins Gesicht. Die in der Öffentlichkeit auffallend wenig beachteten Todesopfer der Pandemie können sich nicht mehr beschweren.

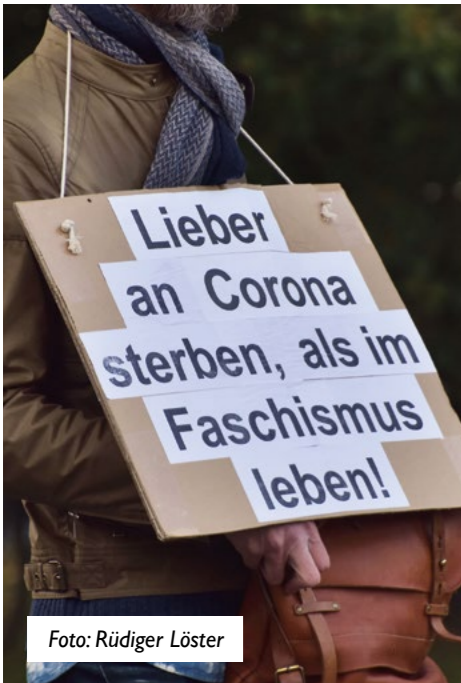


Foto: Rüdiger Löster

Am 17. Januar sollte eine Neuauflage der Kundgebung in Nürnberg stattfinden, ersatzweise in Stein. Beide Veranstaltungen wurden verboten, die Organisatoren riefen anschließend zu einem „Gottesdienst“ vor der Lorenzkirche auf. Auch diese Veranstaltung wurde untersagt. Darauf folgte eine Anmeldung für Fürth. Zwar verbot auch Fürth die Kundgebung, aber bereits am Nachmittag kam es zu spontanen Kundgebungen und kurzen Demonstrationen. Immerhin wurden in Nürnberg durch die konsequente Sperrung von Hauptmarkt, Jakobsplatz und dem Bereich um die Lorenzkirche Bilder wie am 3. Januar verhindert.

Wer versammelt sich eigentlich bei den Kundgebungen der „Corona-Leugner“? Sind es - wie manche meinen - Menschen aus der „bürgerlichen Mitte“ unserer Gesellschaft? Nein, bei diesen Kundgebungen versammeln sich u. a. regelmäßig Verschwörungsideologen, Reichsbürger und Rechtsextremisten gemeinsam mit Impfgegnern und Esoterikern. Stadtbekannte Nazis aus Nürnberg und AfDler sind ebenso dabei wie Pegida-Anhänger und Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen „Identitären Bewegung“. Und seit letztem Jahr, seit diese regelmäßigen Kundgebungen begonnen haben, sind in den Reden immer wieder die gleichen Sachen zu hören: Bill Gates habe die WHO gekauft, die Pandemie sei in Wirklichkeit eine „Plandemie“, um eine „Neue Weltordnung“ durchzusetzen, mit der Impfung werde uns ein Chip implantiert, der

dann durch den neuen Funkstandard 5G aktiviert werde, mit der Impfung werden wir unfruchtbar gemacht bis hin zu den Äußerungen, es gebe weder Tote durch Covid und das Virus existiere gar nicht. Berichte aus den vollkommene überlasteten Intensivstationen der Krankenhäuser werden als „fake-news“ abgetan. Der Mund-Nasenschutz wird als „Maulkorb“, als Symbol der „Sklaverei“ bezeichnet, mit dem die Meinungsfreiheit unterdrückt werden solle. Bei der Kundgebung am 3. Januar konnte ein Redner unter dem Jubel der TeilnehmerInnen davon phantasieren, dass die Maske von „Okkultisten“, „Freimaurern“ und „Satanisten“ benutzt werde, um uns „zu un-



Bürgerliche Mitte? QAnon-Fan am 3. Januar.

terwerfen“, um „unser ich zu brechen“, um „unsere Identität auszulöschen“.

Auch antisemitische Einstellungen zeigen sich auf Kundgebungen der Nürnberger „Corona-Rebellen“ auf vielfache Weise. So inszenierte man sich zum Beispiel schon mal als Opfer und trug „Judensterne“ zur Schau oder man verbreitete die gefährliche QAnon-Ideologie. Zudem werden die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie mit dem staatlichen Terror der Nazi-Zeit gleichgesetzt. Als Folge davon sehen sich die „Corona-Rebellen“ als „Widerstandskämpfer“ in der Tradition einer Sophie Scholl, vergleichen sich wegen der Kontaktbeschränkungen mit Anne Frank, die sich als Kind vor den Nazis verstecken musste. Man bezieht sich in dem „Widerstand“ auf Artikel 20 des Grundgesetzes, manche schrecken auch vor Morddrohungen gegen verantwortliche Politiker nicht zurück. Regelmäßig kann man entsprechende Aufrufe in den diversen Chatgruppen im Umfeld der „Querdenken“ lesen.

Die Verschwörungserzählungen wiederholen in leicht abgewandelter Form die jahr-

hundertealten antijüdischen Ritualmordlegenden, die bereits im mittelalterlichen Europa existierten und die immer wieder zu Pogromen gegen Jüdinnen und Juden führten. Der QAnon-Erkennungscode wwg1wga („Where we go one we go all“) wurde von vielen Aktiven der Nürnberger Corona-Szene in den sozialen Medien geteilt, auf Kundgebungen skandiert und auf Kleidungsstücken zur Schau gestellt.

Bereits am 27. Juni 2020 teilte eine Rednerin bei einer Kundgebung der Gruppe „Widerstand100“ dem Publikum mit, wen sie als Urheber einer angeblichen „Neuen Weltordnung“ verantwortlich macht: „Hinter Corona steckt der feuchte Traum von einer kommunistischen Weltmacht. (...) Dieser Traum der Zionisten, der Satanisten, der Transhumanisten, der Pharmamafia findet in George Orwells Roman 1984 die passendste Skizzierung. Wobei die genannten Interessensgruppen miteinander verschmelzen in ihrer gemeinsamen Absicht: Die Umstrukturierung der Welt in eine



Foto: Rüdiger Löster

neue Ordnung, kurz: NWO. Der Ausbruch von Corona dient hauptsächlich dieser Agenda. (...) Ziel dieser neuen Welt ist die absolute Kontrolle jedes Einzelnen und die Auslöschung weiterer Teile der Bevölkerung, die als unnütze Esser angesehen werden. Die Weltbevölkerung soll auf unter 800 Millionen reduziert werden. Dieses Ziel soll durch Sterilisation und Mord per Todesspritze erreicht werden.“

Wer glaubt, das alles sei nur harmlose Spinerei, sei daran erinnert, dass sich weltweit mehrere Rechtsterroristen auf den QAnon-Mythos bezogen haben, zuletzt der rassistische Attentäter von Hanau im Februar 2020. Wohin das führt, wenn der Einfluss dieser Ideologien noch weiter ansteigt, konnte auch beim sogenannten „Sturm auf den

Reichstag“ im vergangenen Jahr beobachtet werden. Damals wurde auch davon phantasiert, dass Trump jetzt Truppen schicken werde, um uns vom „Merkel-Regime“ zu „befreien“. Oder beim Sturm auf das Kapitol in Washington - auch dort war der Einfluss der QAnon-AnhängerInnen unübersehbar.

### Alles „bürgerliche Mitte“? NEIN!

Also sollen wir im Gegensatz zu diesen „Querdenken“ alle Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen zur Pandemiebekämpfung kritiklos mittragen? Keinesfalls. Aber die wirklich wichtigen Punkte spielen bei den Kundgebungen der „Corona-Rebellen“, der Verschwörungsideologen und Rechtsextremisten keine Rolle. Und dabei gibt es in der Pandemiebekämpfung durchaus einiges zu kritisieren:

Zum Beispiel die fehlende digitale Infrastruktur, um den Schülerinnen und Schülern ein praktikables Angebot für den Unterricht zu Hause zu machen. Der versäumte Ausbau des Glasfasernetzes, damit Home-Office unter vernünftigen Bedingungen möglich ist. Oder auch die Tatsache, dass einige Gruppen in unserer Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden: wie beispielsweise Künstlerinnen und Künstler, Soloselbständige, aber auch 450-Euro-Kräfte insbesondere in der Gastronomie. Die Folgen der Privatisierungen im Gesundheitsbereich machen sich jetzt deutlich bemerkbar, ebenso wie die Sparmaßnahmen im öffentlichen Gesundheitswesen: die Gesundheitsämter sind am Limit. Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss nachhaltig ausgebaut werden. Dies gilt auch für Gesundheitsämter und Behörden, die für das Verfolgen der Infektionsketten zuständig sind. Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben - Beifall klatschen reicht nicht. Privatisierungen im Gesundheits- und Pflegebereich müssen zurückgenommen werden, die Finanzierung der Krankenhäuser ist zu reformieren. Und die sozial gerechte Verteilung der entstehenden Kosten muss auch schnell geklärt werden: starke Schulter können mehr tragen als schwache.

Aber all das - und die Aufzählung ist sicher nicht vollständig - spielt bei den Verschwörungsideologen, bei den „Corona-Rebellen“ von „Querdenken“ und deren Umfeld keine Rolle. Um einzelne Punkte der Pandemiebekämpfung zu kritisieren, um sich für eine sozial gerechte Verteilung der Pandemiekosten einzusetzen, ist eines sicher nicht nötig: gemeinsam mit Verschwörungsideologen und Nazis auf die Straße zu gehen.

**Deshalb:**  
**Solidarität statt Verschwörungswahn!**

# SPD DIGITAL



**Termine:**  
23.02.2021 – 19:00 Uhr  
26.02.2021 – 19:00 Uhr

**Ort: WebEx (Einwahldaten gibt es auf spd-digital.com Keine vorherige Anmeldung nötig)**

**Thema: Was Payback, China und eine Netflix Serie gemein haben**

**Referenten: Kevin Kienle und Yasemin Yilmaz**

Uli Grötsch hat vor kurzem seine Kandidatur als Landesvorsitzender der BayernSPD bekannt gegeben. Aufgrund dessen hat ihn die Digitale Gesellschaft der SPD Mittelfranken eingeladen, um ihn besser kennen zu lernen. In der digitalen WebEx Konferenz hat Uli Grötsch seine Visionen für Parteiarbeit „fernab des Präsenzfetischismus“ vorgestellt. Konkret hat er direkt die neue Teilnehmungsplattform „Rotes Netz Bayern“ vorgestellt, welche die innerparteiliche Organisation und Themenarbeit künftig sicher und einfacher gestalten wird. Weiterhin möchte er die bereits vorhandenen und wirklich guten Tools wie dem „EasyMailer“ steigern. Damit auch alle Mitglieder:innen bei der Nutzung bestimmter Tools und Plattformen fit werden, bietet die Bayern SPD Schulungen an, bei denen die Digitale Gesellschaft der SPD Mittelfranken als Referent\*innen unterstützend mitwirkt. Zusätzlich bietet die Digitale Gesellschaft der SPD Mittelfranken individuelle Schulungen für Ortsvereine, Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke auf [www.spd-digital.com](http://www.spd-digital.com) an. (Autor: Lisa Kaufmann)

**ARBEITSKREIS  
DIGITALE  
GESELLSCHAFT**

01010011 01010  
000 01000100



Fotos: Rüdiger Löster

Eine liebevolle und kreative Idee: Ein Herz für Banu - und für Menschenrechte

von NASSER AHMED und CLAUDIA KUPFER-SCHREINER  
IN ZUSAMMENARBEIT MIT JULIA RINGLER UND ROLF LANGENBERGER VOM ORTSVEREIN LICHTENHOF

**Ein unwahrscheinliches Szenario?**  
Stell dir vor, du arbeitest seit mehr als zehn Jahren als promovierte Fachärztin in Nürnberg, hast dir in Deutschland nichts zuschulden kommen lassen und dir eine Existenz in Nürnberg aufgebaut. Deine Kolleg\*innen schätzen dich, du bist aktive Gewerkschafterin, ein Musterbeispiel von Integration, kurzum, du bist längst Teil unserer Gesellschaft geworden.

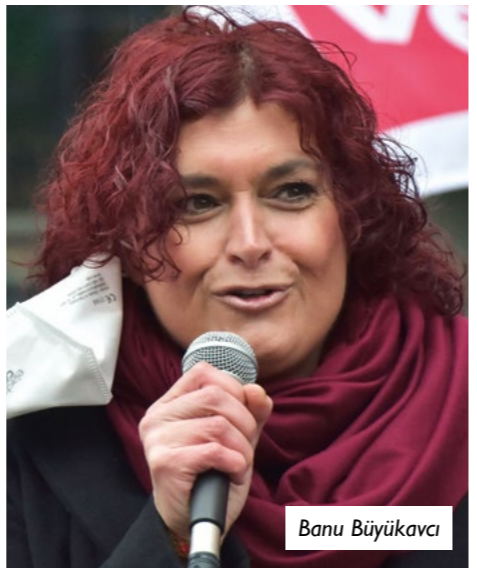
Dann wirst du verhaftet, verbringst drei Jahre im Gefängnis in Stadelheim, sollst verurteilt und schließlich noch abgeschoben werden – in ein Land, die Türkei, wo dir Folter und erneute Haft drohen? Ein kaum vorstellbares Szenario, aber tatsächlich wahr – und so geschehen in Nürnberg, der Stadt der Menschenrechte.

**Verurteilt wegen Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation**  
Es geht um Dr. Banu Büyükavcı (50), die als hochgeschätzte Fachärztin für Psychotherapie und psychosomatische Medizin am Nürnberger Klinikum arbeitet. Sie wurde im

vergangenen Juli zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde, zusammen mit neun weiteren Personen, die Mitgliedschaft in der TKP/ML, der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei der Türkei, vorgeworfen. Knapp drei Jahre war sie in Stadelheim in Untersuchungshaft, fast sechs Monate davon in Isolationshaft.

Aber: Keiner(m) der Angeklagten wurde die Beteiligung an Gewalttaten vorgeworfen. Konkrete Tatvorwürfe jenseits der Mitgliedschaft und Unterstützung der TKP/ML wurden nie erhoben.

**Die Verfolgungsermächtigung - ein Freundschaftsdienst für das Erdoğan-Regime?**  
Dass Dr. Büyükavcı dann überhaupt angeklagt werden kann, ermöglicht der § 129b des Strafgesetzbuches, der die Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt. Nach diesem Paragraphen ist Voraussetzung für eine Strafverfolgung eine Erlaubnis des Justizministeriums, die sogenannte **Verfolgungsermächtigung**. Für die TKP/ML wurde sie 2006 von der damaligen Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) erteilt und 2015/16 unter Justizminister Heiko Maas (SPD) neu gefasst und erneuert.



Banu Büyükavcı

Die TKP/ML ist nur in der Türkei, aber nicht in Deutschland verboten, was aber bei der Strafverfolgung keine Rolle spielt. Es entspricht zwar unserer Rechtslage, ist jedoch nicht nachvollziehbar, dass man für die bloße Mitgliedschaft in einer hierzulande nicht verbotenen Organisation angeklagt werden kann.

Die TKP/ML wird vom Verfassungsschutz zwar als linksextremistische Organisation in

der Türkei eingestuft und die TIKKO, ein militanter Flügel der TKP/ML, für Anschläge in der Türkei verantwortlich gemacht. Doch der Verfassungsschutz bestätigt auch (in der Broschüre „Türkische Linksextremisten und ihre Organisationen in Deutschland“, 2018, S. 24), dass sich die TKP/ML und deren Anhänger gewaltfrei verhalten und auch „keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich diese Praxis in Zukunft ändern könnte“.

Die Verfolgungsermächtigung soll nur erteilt werden, wenn die betreffende Vereinigung eine „die Würde des Menschen achtende staatliche Ordnung“ bekämpft. Davon kann in der Türkei leider nicht mehr die Rede sein, denken wir nur an die aufgrund vager und unbewiesener Anschuldigungen erfolgten Verhaftungen und Verurteilungen von vielen Tausenden Staatsbediensteten, Journalisten und politischen Gegnern.

Auch die Verurteilung von Can Dündar zu mehr als 27 Jahren Haft, weil er wahrheitsgemäß über Waffenlieferungen der Türkei an den IS in Syrien berichtete, zeigt, dass die türkische Regierung mittlerweile selbst Komplizin terroristischer Gruppierungen geworden ist.

**Abschiebung ohne rechtskräftiges Urteil?**  
Es verwundert schon sehr, dass die Nürnberger Ausländerbehörde kurz vor den Weihnachtstagen anlasslos ein Ausweisungsverfahren für Dr. Büyükavcı eröffnet hat. Umso mehr irritiert es, weil das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, eine schriftliche Begründung noch gar nicht vorliegt und die Verteidigung außerdem Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt hat. Die Ausländerbehörde unserer Stadt prüft, was Voraussetzung für die Ausweisung ist, ob Dr. Büyükavcı „die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gefährdet“.

Diesem absurden Vorwurf widersprechen in zahlreichen Solidaritätsschreiben z. B. ihre Kolleg\*innen am Nürnberger Klinikum, die Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung, der Verein demokratische Ärztinnen und Ärzte und ihre ver.di Gewerkschaftskolleg\*innen. Alle stehen hinter ihr und bestätigen, dass sie großes Ansehen genießt und als Ärztin einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leistet.

**Widerstand regt sich in der Stadt der Menschenrechte**  
Mit so viel Widerstand in der Bevölkerung haben die Verantwortlichen bei der Ausländerbehörde wohl nicht gerechnet: Sofort nach Einleitung des Verfahrens gründete sich das ver.di-Solidaritätskomitee #BanuMussBleiben, ein breites Bündnis von Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, das seit Mitte Dezember regelmäßig Mahnwachen vor der

Straße der Menschenrechte bzw. dem Gewerkschaftshaus abhält. Als Herz der Kampagne kann man sicherlich Ulli Schneeweiß, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, bezeichnen, der mit unablässigem Engagement, kreativen Ideen und nicht endender Geduld für seine ver.di-Kollegin Banu kämpft.

Briefe und Petitionen des Komitees z.B. an den Oberbürgermeister Marcus König, an Heiko Maas oder Joachim Herrmann sorgen für öffentliches Interesse; auch die regionale und überregionale Presse berichtet regelmäßig über den Fall. Erste Erfolge zeigen sich, der von der Ausländerbehörde angestoßene Prozess wurde verlangsamt, dabei die Frist zur Anhörung verlängert.

Leider enttäuschte die Antwort von Oberbürgermeister Marcus König, der an ver.di schrieb, dass bei der beabsichtigten Ausweisung zu berücksichtigen sei, dass „die zugrunde liegenden Umstände im Verhalten (von Dr. Büyükavcı) und der strafrechtlichen Bewertung desselben liegen.“

Damit übernimmt der Oberbürgermeister keine Verantwortung für den Fall, und in keiner Weise geht er dabei auf die Frage ein, ob von Dr. Büyükavcı eine Gefährdung ausgeht. Auch findet sich kein Wort dazu, wie die durchaus vorhandenen Ermessensspielräume der Kommune bei solchen Entscheidungen für Betroffene in deren Sinne genutzt werden sollen.

**#BanuMussBleiben!**  
Wir, die Nürnberger SPD, sind an Banus Seite und setzen uns für sie ein. Zahlreiche Sozialdemokraten\*innen nehmen an den Mahnwachen teil, Nasser Ahmed hat bei einer Mahnwache einen viel beachteten Redebeitrag gehalten und Gabriela Heinrich (MdB) hat bereits dem Bayerischen Innenminister

Joachim Herrmann geschrieben: „Eine Ausweisung gerade aus Nürnberg, der Stadt des Friedens und der Menschenrechte“, steht in dem Brief, „wäre ein verheerendes politisches Signal und für Frau Dr. Büyükavcı eine persönliche Katastrophe“.

Wir möchten betonen, dass wir die Unterstützung extremistischer oder terroristischer Vereinigungen nachdrücklich ablehnen. Auch die politische Orientierung von Dr. Büyükavcı teilen wir nicht. Doch das steht auf einem anderen Blatt. Ausschlaggebend für unser Engagement in diesem Fall ist: kein Oppositioneller und keine Oppositionelle darf in die Hände von Diktatoren und bei Gefahr für Leib und Leben abgeschoben werden. Das ist unsere Verpflichtung als Partei, die seit über 150 Jahren gegen Willkür, Diktatur und für Freiheit kämpft.

**Wir fordern die Ausländerbehörde der Stadt auf, das Ausweisungsverfahren einzustellen, und wir erwarten von Justizministerin Christine Lambrecht eine umgehende Überprüfung der Verfolgungsermächtigung für die TKP/ML.**

In diesem Sinne kann man dem Appell von Gabriela Heinrich und Nasser Ahmed auf der Homepage der SPD Nürnberg nur zustimmen:

„Eine Abschiebung wäre angesichts der aktuellen politischen und insbesondere menschenrechtlichen Lage in der Türkei nicht verantwortbar, zumal ihr dort als Oppositionelle besondere Gefahren drohen. Die sich verschlechternde menschenrechtliche Lage in der Türkei muss jetzt genauso berücksichtigt werden wie die Integration von Banu Büyükavcı in unsere Gesellschaft.“

**Deshalb: Helft alle mit, denn: #BanuMussBleiben!**



Nasser Ahmed mit Genossen\*innen vom Ortsverein Lichtenhof bei einer Mahnwache



## ÜBERBRÜCKUNGSHILFE III

„EINFACHER, UMFANGREICHER, ZIELGENAUER“

Mit den gestrigen Bund-Länder-Beschlüssen wird auch die Hilfe für Unternehmen und Soloselbständige, die durch den Lockdown weniger Geld verdienen können, noch mal deutlich verbessert: Es wird einfacher, Überbrückungshilfe III zu beantragen, die Förderung wird weiter aufgestockt – es gibt mehr Geld – und mehr Unternehmen können sie in Anspruch nehmen. Mehr gibt es auch für die Neustarthilfe für Selbstständige. Und die besonderen Herausforderungen des Einzelhandels werden berücksichtigt.

Gefördert werden demnach alle Unternehmen und Betriebe, deren Umsatz durch den Lockdown zwischen November 2020 und Juni 2021 in mindestens einem Monat um 30 Prozent oder mehr zurückgegangen ist. Damit haben jetzt deutlich mehr Unternehmen Anspruch, denn bislang galt in der November- und Dezemberhilfe die Schwelle von 40 Prozent.

### Deutlich aufgestockt

Auch die Abschlagzahlungen und das Fördervolumen erhöhen sich auf bis zu 100.000 € und 1,5 Millionen € pro Monat und Betrieb. Im Einzelhandel können jetzt bis zu 100 Prozent Abschreibungen auf Saisonware als Fixkosten angesetzt werden – also zum Beispiel Weihnachtsartikel, Winterkleidung oder auch Feuerwerkskörper. Auch in der Reisebranche werden Kosten und Umsatzausfälle durch Absagen und Stornierungen umfassend berücksichtigt. Und für Soloselbständige wird die Neustarthilfe auf einmalig 50 Prozent des Referenzumsatzes verdoppelt, die maximale Betriebskostenpauschale auf 7.500 € angehoben.

„Die Hilfen werden einfacher, umfangreicher und zielgenauer“, betonte Finanzminister Olaf Scholz nach dem Bund-Länder-Beschluss.

Die Abschlagzahlungen sollen im Februar kommen, die endgültigen Bescheide dann ab März.

## Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Thorsten Brehm,  
Vanessa Kurowski

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:  
der springende punkt  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



## HARTZ IV WAR GESTERN

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Wir wollen den Menschen mehr Sicherheit geben, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Nicht nur in Zeiten von Corona, sondern dauerhaft. Das sieht der Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für das kommende SGB II-Änderungsgesetz vor. Der erleichterte Zugang zum Arbeitslosengeld II für Solo-Selbständige in Zeiten von Corona dient dabei als Blaupause: Mehr Sicherheit für das Ersparte, kein Umzug in eine kleinere Wohnung und eine neue Kultur des gegenseitigen Vertrauens bei der Betreuung mit – bei Bedarf – einem stärkeren Fokus auf Weiterbildung und Qualifizierung.

Der Vorschlag des Bundesarbeitsministers sieht vor, dass mühselig Erspartes und für die Altersversorgung zurückgelegtes Geld in den ersten zwei Jahren des Grundsicherungsbezugs (Arbeitslosengeld II) sicher wären. Auf das „verwertbare“ Vermögen würde erst geschaut, wenn es 60.000 Euro übersteigt. Selbstgenutztes Wohneigentum soll nicht berücksichtigt werden. In dieser Zeit würde ebensowenig geprüft, ob die Wohnung zu groß und zu teuer ist.

Diese Regeln gelten im Grundsatz schon jetzt für die Solo-Selbständigen, die infolge von Corona auf Unterstützung angewiesen sind, aber keine Zuschüsse zu Betriebskosten erhalten, weil sie keine Betriebskosten haben. Im Rahmen des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung können sie derzeit schnell Grundsicherung erhalten, ohne dabei zum Beispiel zunächst Erspartes und ihre Alterssicherung aufzubrauchen. Wir wollen, dass dieses Prinzip künftig für alle und auch über Corona hinaus gilt. Wer vorübergehend in einer Notlage ist, soll dauerhaft mehr Sicherheit haben und sich ganz darauf konzentrieren können, wieder den Weg in eine neue Beschäftigung zu finden.

Hubertus Heil schlägt mit dem Gesetz auch einen neuen Kooperationsplan zwischen allen Arbeitssuchenden und den jeweiligen Betreuenden in den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern vor. Einzelne Schritte über den Weg zurück in Arbeit – Qualifikation, Vermittlung und Reintegration – sollen dabei festgelegt werden, und dabei soll der Grundsatz der Nachhaltigkeit gelten. Es soll nicht darum gehen, den erstbesten Job so schnell wie möglich anzunehmen, sondern es soll eine dauerhafte Perspektive entstehen – durch Weiterbildung und den Vorrang für einen Ausbildungsabschluss, sofern bisher keiner vorliegt. Dazu schlagen wir auch einen mo-



natlichen Weiterbildungsbonus vor. Gegenseitiger Respekt und das Vertrauen sollen im Zentrum der Neuregelung stehen.

Nur wenn Absprachen nicht eingehalten werden und keinerlei Eigenbemühungen sichtbar sind, soll es Leistungsminderungen geben. Grundsätzlich sollen künftig maximal 30 Prozent der Leistungen gekürzt werden können, wenn jemand ohne wichtigen Grund wiederholt seine Pflichten verletzt. Dabei soll künftig sichergestellt werden, dass die Wohnkosten von der Leistungsminderung ausgenommen sind. Auch die bisher härteren Sonderregelungen für Unter-25-Jährige sollen entfallen. Durch die Möglichkeit einer persönlichen Vorsprache soll es bei Leistungsminderungen künftig die schnelle Möglichkeit geben, die Ursachen für die Pflichtverletzung zu erklären. Wenn die Mitwirkungspflicht wieder erfüllt wird, endet die Minderung dann auch sehr schnell.

Der Vorschlag für das SGB II-Änderungsgesetz sieht weitere Punkte vor, wie eine Entbürokratisierung. Bei geringfügigen Überzahlungen soll demnach eine Bagatelgrenze gelten, um aufwendige Rückforderungen an Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung wegen minimaler Beträge künftig zu vermeiden. Schülerinnen und Schüler, deren Eltern Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende beziehen, sollen ihre Einkünfte aus Ferienjobs künftig vollständig behalten, ohne

dass sie angerechnet werden. Gleiches soll für ehrenamtliche Betreuerentschädigungen gelten. Mutterschaftsgeld soll künftig nicht mehr als Einkommen berücksichtigt werden.

Für Langzeitarbeitslose gilt weiterhin das Teilhabechancengesetz. Mit diesem finanzieren wir seit 2019 – auch in Nürnberg sehr erfolgreich – den Weg für Langzeitarbeitslose zurück in die Erwerbstätigkeit. Dazu gibt es Lohnzuschüsse sowie eine enge Begleitung, um Hürden bei der Wiedereingliederung gemeinsam aus dem Weg zu räumen. Mit dem Programm helfen wir gerade denjenigen, die schon sehr lange aus dem Erwerbsleben raus sind und unterstützen – Schritt für Schritt – den Weg zurück.

Möglichst hohe „Stillhalteprämien“ für Arbeitslose, wie Linkspartei und die Grünen sie fordern, sind nicht unser Weg. Wir wollen Arbeitslose nicht einfach aufgeben und dauerhaft abschreiben, sondern ihnen helfen, einen Weg zurück zu finden. Dazu wollen und müssen wir die Investitionen in die Betreuung, Qualifizierung und Weiterbildung ausbauen. Gleichzeitig – und das unterscheidet uns von den Unionsparteien und der FDP – wollen wir mehr Sicherheit für diejenigen, die vorübergehend Hilfe brauchen. Wir werden jetzt sehen, wie viel wir von unserem Vorschlag vielleicht schon in der Großen Koalition umsetzen können. Den Rest werden wir dann mit in den Bundestagswahlkampf nehmen!

### Fehlende Verdopplung der Kinderkrankentage ist wichtige Entlastung für Familien

Der Bundestag hat Mitte Januar beschlossen, die Kinderkrankentage für das Jahr 2021 zu verdoppeln. Konkret heißt das: In diesem Jahr werden die Kinderkrankentage von 10 auf 20 Tage pro Elternteil und Kind erhöht, für Alleinerziehende werden sie von 20 auf 40 Tage erhöht. Damit sollen berufstätige Eltern unterstützt werden, die ihre Kinder in der aktuellen Situation zuhause betreuen. Das ist eine sehr wichtige Entscheidung, mit der wir Familien in Zeiten der Pandemie entlasten. Denn Homeoffice, Homeschooling und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen, stellt Eltern vor große Herausforderungen.

### Bescheinigung von Schule oder Kita reicht für Extra-Kinderkrankentage

Als SPD-Landtagsfraktion haben wir auf Bundesebene darauf eingewirkt, dass diese Regelung auch dann greift, wenn die Anwesenheitspflicht in der Schule ausgesetzt ist oder die Eltern lediglich gebeten wurden, ihre Kinder nicht in die Kita zu bringen. Das heißt, dass die Inanspruchnahme der Kinderkrankentage nicht an die Schließung der Schule oder Kita gebunden ist. Wir freuen uns, dass das auf Bundesebene nun auch so umgesetzt wurde. Als Nachweis genügt eine Bescheinigung der Schule oder Kita. Diese Regelung berücksichtigt den Wunsch vieler Familien, Kontakte so gering wie möglich zu halten. Manche Eltern möchten ihre Kinder momentan lieber nicht in der Kita betreuen lassen, zum Beispiel, weil sie Infektionsrisiken für ihre Familie und Angehörige möglichst gering halten wollen.

### Notbetreuung muss weiterhin gewährleistet sein

Natürlich muss ausdrücklich gewährleistet sein, dass berufstätige Eltern und insbesondere Alleinerziehende weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Kinder in die Notbetreuung zu geben. Aber je mehr Eltern ihre Kinder in der aktuellen Situation zuhause betreuen möchten und können, desto mehr entlasten wir die Kitas. Vielen Einrichtungen fällt es aktuell schwer, angesichts von Krankenständen des Personals eine Betreuung der Kinder in möglichst kleinen und festen Gruppen zu gewährleisten.

### SPD-Antrag zum Hygieneschutz in den Kitas

Insgesamt steht die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht, die Kitas bei der Aufrechterhaltung ihrer Angebote besser zu unterstützen. Bereits im Herbst 2020 haben wir als SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, die Kitas mehr in den Blick zu nehmen. Dazu gehören für uns unter anderem auch umfassende



**MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN**

Foto: Lennart Preiss

Vorkehrungen zum Schutz des Kita-Personals, etwa durch unkomplizierte Reihentestungen sowie die Ausstattung mit Luftreinigungsanlagen und FFP2-Masken.

Durch die Krise ist es noch viel deutlicher geworden: Kitas sind systemrelevant. Die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas haben in den vergangenen Monaten Enormes geleistet. Die Staatsregierung muss die Kitas endlich mehr in den Blick nehmen und für die Beschäftigten gute und vor allem sichere Arbeitsbedingungen garantieren.

### Schutzkonzept für Kitas und Schulen

Ebenso wie für die Kitas brauchen wir auch für unsere Schulen umfassende Konzepte zum Hygieneschutz. Aktuell vor allem für die Notbetreuung, aber im Hinblick auf mögliche Öffnungsszenarien ebenso für Hybrid-Unterricht. Hier muss der Freistaat als Arbeitgeber und Dienstherr seine Fürsorgepflicht erfüllen und den Schutz der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals durch Luftreinigungsanlagen, Reihentestungen und FFP2-Masken gewährleisten.

### Durchdachte Konzepte statt Schnellschüsse

Insgesamt ist es wichtig, dass wir langfristige Strategien zum Umgang mit der Pandemie entwickeln und diese kontinuierlich bewerten und korrigieren. Leider sehen wir in Bayern immer wieder, dass unser Ministerpräsident mit

eifrigen Ideen voranprescht, deren Umsetzung dann jedoch mehr schlecht als recht läuft. Jüngstes Beispiel ist die Einführung einer FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel. Die Ankündigung erfolgte nicht einmal eine Woche vor Inkrafttreten der neuen Regelung, die Folgen waren absehbar: In ganz Bayern erlebten die Drogeriemärkte und Apotheken einen wahren Ansturm auf die FFP2-Masken. Vielerorts, auch in Nürnberg, waren viele Geschäfte innerhalb von Stunden ausverkauft. Wer solche Regelungen beschließt, sollte sich meiner Meinung nach auch um die Umsetzung kümmern: Wie stellen wir sicher, dass alle Menschen Zugang zu FFP2-Masken haben? Wie vermeiden wir durch eine angemessene Vorlaufzeit lange Schlangen vor den Geschäften? Und vor allem, wie gewährleisten wir eine kostenlose Versorgung derjenigen Menschen, die sich 3-5 Euro pro Maske schlicht nicht leisten können? Diese Fragen hätte unser Ministerpräsident vor seiner Ankündigung klären müssen – nun sind sie schnellstens zu beantworten.

Gemeinsam mit meiner Fraktion werde ich mich im Bayerischen Landtag auch weiterhin für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick einsetzen. Damit die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen zum Infektionsschutz weiter solidarisch mittragen, brauchen wir langfristige Perspektiven sowie transparente und begründete Entscheidungen.

Eigentlich sollte die digitale Kommunikation unserer Einsatzkräfte in Bayern kein berichtenswertes Thema sein. Die Umstellung von analogen auf digitalen Funkbetrieb lief für die BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) in Bayern aber alles andere als glatt ab.

In einer immer digitaler werdenden Welt steht es außer Frage, dass auch unsere Einsatzkräfte



die neue Technik bei ihrer Arbeit nutzen. Das bedeutet neben digitaler Einsatzdokumentation vor allem eine digitale Kommunikation, also den Umstieg von analogen auf digitalen Funkbetrieb. Vorteile dessen sind unter anderem effektiverer Datenschutz, höhere Sicherheit durch Notrufaktionen, besser Sprachqualität und umfassendere Vernetzung mit allen beteiligten Hilfsorganisationen. Die Notwendigkeit eines Umstiegs wurde bereits früh erkannt, die Umsetzung ist bis heute jedoch unzureichend.

Bereits 1996 befasste sich die Innenministerkonferenz mit dem Projekt Digitalfunk. Ziel war es bis 2006 zur Fußballweltmeisterschaft den Umstieg zu meistern. Jedoch scheiterten schon früh die Verhandlungen mit einer Tochterfirma der DB zum Netzausbau und der Umstieg war vorerst vom Tisch.

Zur zentralen Koordinierung nahm 2007 die Bundesanstalt für Digitalfunk der BOS (BDBOS) den Betrieb auf. Mehrere Akteure waren im Gespräch und teilweise schon mit der Umsetzung befasst, bis Alcatel-Lucent als Netzbetreiber bestellt wurde. Der vorläufige Fertigstellungstermin wurde zunächst auf 2010 gelegt, konnte aber wieder nicht eingehalten werden. Erst 2013 konnte der Netzausbau abgeschlossen werden. Damit war aber bei weitem noch nicht alles getan.



## DIGITALFUNK IN BAYERN

EINE CHRONOLOGIE DES VERSAGENS

Nach fertigem Netzausbau verlief die Anschaffung und Installation der neuen Technik schleppend. Die integrierte Leitstelle Nürnberg, beispielsweise, stieg 6 Jahre später im Jahr 2019 vollständig auf digitalen Funkbetrieb um. Digitale Pager zur Alarmierung der Einsatzkräfte stehen nun seit Dezember 2020 den 18 freiwilligen Feuerwehren in Nürnberg zur Verfügung.

Außerdem bestehen bis heute bundesweit Schwierigkeiten bei der sog. Objektfunkversorgung, der Ausstattung besonders schlecht erreichbarer Bereiche, wie beispielsweise U-Bahn-Tunnel, mit digitalen Funkanlagen. Ein hierdurch bedingter Abbruch der Funkverbindung im Einsatz kann lebensbedrohliche Folgen haben. Ein Umstand der die Polizei dazu bewegte auf analoge und veraltete Technik zurückzugreifen.

Die langsame Umsetzung ist jedoch nicht das einzige Problem des Digitalfunks. Zu kritisieren sind zum Beispiel die hohen Anschaffungskosten, niedrige Datenübertragungsraten und ein hoher Wartungsaufwand. Auch die Schulung im Umgang mit den neuen Geräten stellt sich aufwendig und zeitintensiv dar. Weiterhin ist das Funksystem nicht mit dem in Nachbarstaaten kompatibel, so dass bei grenzübergreifenden Einsätzen auf andere Kommunikationswege zurückgegriffen werden muss.

Zu beanstanden ist noch dazu die fehlende Priorisierung des Themas durch die Landesregierung, so hat Bayern als eines der letzten Bundesländer die Umrüstung vollzogen. Die SPD-Landtagsfraktion übt daher regelmäßig Kritik an der Arbeit der Staatsregierung zum

Digitalfunk, etwa an den Auseinandersetzungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden sowie Hilfsorganisationen zur Finanzierung der Umstellung. Auch die angesprochene Störung der Funkverbindung in Gebäuden ist ein Thema, mit dem sich die Landtagsfraktion auseinandersetzt.

Gerade in der aktuellen Situation ist ein stabiles Funknetz unerlässlich für eine effektive Arbeit der Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste in Bayern. Zudem werden auch in Zukunft viele Herausforderungen auf unsere Einsatzkräfte warten. Dafür müssen sie gerüstet sein. Das Kapitel Digitalfunk ist noch lange nicht abgeschlossen. Es müssen Lösungen für Datenübertragungen von Fotos und Einsatzplänen gefunden werden. Aber auch die fehlende Funkverbindung in manchen Gebäuden oder Tunneln darf kein Problem mehr darstellen.

Eine sichere Kommunikation stellt die Grundlage eines jeden erfolgreichen Einsatzes dar. Jeder muss sich darauf verlassen können, dass die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Deswegen ist nicht weniger als eine vollständige und professionelle Beseitigung aller Probleme und Schwierigkeiten zu fordern. Als innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion werde ich das Geschehen weiterhin mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, sowie einen regen Austausch mit der Polizei, den Feuerwehren und weiteren Hilfsorganisationen pflegen. Denn das Feedback der Einsatzkräfte muss gehört und beachtet werden, sie müssen mit der Technik arbeiten und sorgen schlussendlich für unsere Sicherheit.



## DIE PSYCHE UND CORONA

von OGUZ AKMAN

Die Pandemie hat uns alle vor Herausforderungen gestellt, von denen wir noch einige Jahre zuvor nicht hätten träumen können: Social Distancing, Lockdowns, Ausgangssperren, Maskenpflicht im ÖPNV und in Geschäften etc. Weniger im Fokus der Gesellschaft befindet sich allerdings die psychische Gesundheit der Menschen, die durch die Maßnahmen und des Lockdowns des öffentlichen Lebens stärker als zuvor in Mitleidenschaft gezogen wird. Viele von uns stehen durch die Umstellung des Lebens ins Digitale (da wo es eben möglich ist) vor noch nie da gewesenen Hürden, die uns alle anstrengen. Wie sehr die aktuelle Lage die Psyche vieler Menschen anstrengt ist aktuell noch nicht absehbar. Denn je länger der Lockdown und die Corona-Maßnahmen anhalten, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Resilienz (Widerstandsfähigkeit der Psyche, um stressige Lebensphasen ohne Beeinträchtigungen zu überstehen) der Menschen beeinträchtigt wird. Angst vor Kurzarbeit, Verlust der Arbeit, Insolvenz, der Mangel an sozialen Kontakten, das alles

sind mögliche Faktoren, die unsere Psyche negativ beeinflussen.

Die Gesundheitsversorgung im Bereich der Psychotherapie war schon vor der Corona-Pandemie marode. Uns wird aber gerade während der Pandemie nochmal vor Augen geführt, welche Schieflagen existieren und dass man diese so schnell es geht gerade biegen muss. Die Terminfindung bei Psychotherapeut\*innen bleibt weiterhin das größte Problem der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland. In Ballungszentren und auch in ländlichen Regionen, wo die Anzahl der Therapeut\*innen weitaus geringer als in Städten ist, kann es ganz gut vorkommen, dass man mehrere Monate warten muss bis man ein Erstgespräch hat.

Es gibt Bestrebungen die Psychotherapie und die Ausbildung der Psychotherapeut\*innen zu verbessern. Neu eingeführt wurde im Wintersemester 2020/21 das Studium der Psychotherapie, womit Studierende nach dem Master die Approbation in Psychotherapie erhalten und die Ausbildung zum\*r Psychotherapeut\*in dadurch nicht mehr erforderlich

ist. Vor der Einführung des Psychotherapie-Studiums, war der Master in klinischer Psychologie und dann noch zusätzlich dazu eine Ausbildung zum\*r Psychotherapeut\*in erforderlich, womit man bei sieben bis acht Jahren Ausbildungszeit landete. Doch selbst, wenn Studierende schneller zu Psychotherapeut\*innen werden, wird sich nichts an der aktuellen Situation der Mangelversorgung ändern.

### Was müsste man also tun?

Wenn man also langfristig eine bessere Versorgung ermöglichen möchte, dann muss die Kassenzulassung für Psychotherapeut\*innen großzügiger berechnet werden als es aktuell noch der Fall ist. Die letzte Bedarfsplanung für Bayern hat erst Mitte des vergangenen Jahres stattgefunden. In Nürnberg gibt es laut der KVB (Kassenärztliche Vereinigung Bayerns) eine Überversorgung an Psychotherapeut\*innen, weswegen derzeit keine weiteren Kassenzulassungen ausgeschrieben sind. Man kann nur hoffen, dass die Bedarfsplanung in den kommenden Jahren näher an die Realität rückt. Die Diskrepanz zwischen der Theorie und der Praxis könnte leider nicht größer sein.



## KULTUR HINTER GLAS

SO GEHT ES WEITER IN DER ROTEN GALERIE

Nach Corona dann wieder mit Publikum in und um die ROTE Galerie. Noch im Oktober konnte das Publikum im Freien „Kultur hinter Glas“ hören und sehen.

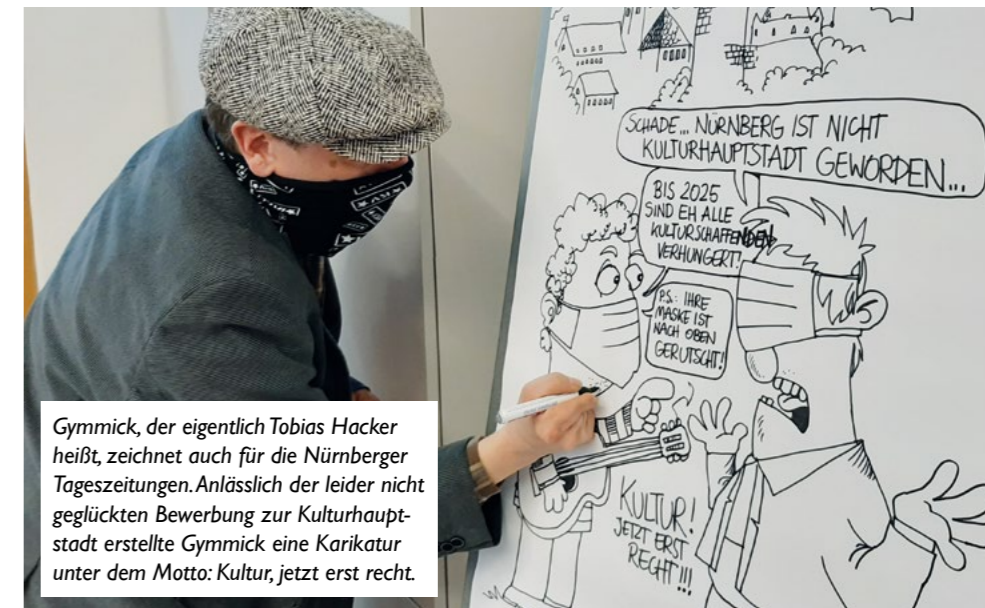
von MICHAEL ZIEGLER

Auch unsere ROTE Galerie musste sich unter Corona immer wieder neu aufstellen. Im Februar vor einem Jahr fanden wöchentlich drei Veranstaltungen statt. Jeden Mittwoch gab es einen Talk, an Wochenenden Konzerte und Lesungen. Doch direkt vor der Kommunalwahl kam dann der erste Lockdown.

Trotzdem konnte die Galerie immer wieder neu durchstarten. Unser Galerist Heijo Schlein steckt voller Ideen. Und im September ging es dann weiter mit unseren Vernissagen und Experimenten. Das Artischocken-Kollektiv begeisterte mit einer dreistündigen Performance und Künstlerin Luise Gumann zeigte ihre Werke.

Durch die Abstände, die unter Corona eingehalten werden mussten, verlagerten wir immer mehr Veranstaltungen auf den Gehsteig und wir erfanden schließlich „Kultur hinter Glas“. Die Künstler\*innen sollten hinter unseren Schaufenstern auftreten und das Publikum mit dem nötigen Abstand im Freien zuschauen. Denn wir finden es wichtig Kultur aufrecht zu erhalten, aber auch zu schützen. Deshalb kommt sie hinter Glas und spielt in der Roten Galerie hinter unseren drei großen Schaufensterscheiben.

Am 20. Oktober startete die neue Reihe mit dem bekannten Poetry-Slammer Michael Jakob. Besonders sein aktuelles Gedicht mit dem Titel „Ich bin systemrelevant“ beeindruckte. Er bekam hier neben seinen meist humorvollen Texten auch für seine ernstesten Texte eine Bühne, um seine Sorgen und Zukunftsängste als Soloselbstständiger auszudrücken. Sein Gedicht ist auch auf Youtube



Gymmick, der eigentlich Tobias Hacker heißt, zeichnet auch für die Nürnberger Tageszeitungen. Anlässlich der leider nicht geglückten Bewerbung zur Kulturhauptstadt erstellte Gymmick eine Karikatur unter dem Motto: Kultur, jetzt erst recht.

zu finden. Bereits am 28. Oktober spielte die Band „The Elephant Circus“ hinter Glas und der bekannte Pianist „Miller the Killer“ zeigte sein Können am 31. Oktober unter dem Motto „Hallo Wien – Wiener Schmah statt Halloween“. Seit November können wir auch diese Reihe vorerst nicht fortsetzen.

Doch nun warten wir nicht länger. Der Nürnberger Sänger und Zeichner Gymmick wird ab dem 5. Februar seine Karikaturen ausstellen. Dies wird nun die erste Vernissage nur für eine Person sein. Nämlich für den Künstler selbst. Aber wir werden trotzdem dabei sein. Wir gehen online und auch ein kleines Konzert von und mit Gymmick wird aufgezeichnet und auf [www.facebook.com/rote.galerie](http://www.facebook.com/rote.galerie) und weiteren Plattformen gezeigt.

Es geht also weiter. Und hoffentlich bald auch wieder mit ganz viel Publikum vor Ort.



Im Oktober noch möglich. Ein Bier nach dem Auftritt mit Poetry-Slammer Michl Jakob und Michael Ziegler nach dem gelungenen Start von „Kultur hinter Glas“.

Die aktuelle und die letzten Ausstellungen sind auch digital begehbar über die Seite: <http://virtuelle.rote-galerie.de/>

SPD Nürnberg – Karl-Bröger-Straße 9 – 90459 Nürnberg



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



**DIALOGPOST**  
Ein Service der Deutschen Post



**Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im Februar einige der geplanten Parteitermine ausfallen.**

**Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter [www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de).**

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

**SPD**

# RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: [www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de](http://www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de) oder facebook: SPD Nürnberg

## Vorwort

Liebe Leserinnen  
und Leser der SPD-  
Rathaus-Depesche,



wir sind mit großen und umfassenden Themen in das neue Jahr gestartet, für das wir Ihnen auf diesem Weg noch das Allerbeste wünschen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie greifen nach wie vor tief in unser aller Leben ein – sei es beruflich oder privat. Der Umgang mit den Folgen der Pandemie und die Verbesserung der Situation aller Menschen in Nürnberg stehen deshalb für uns weiterhin an erster Stelle.

Darüber hinaus gibt es aber auch andere bedeutende Zukunftsthemen, die wir ebenfalls konsequent angehen: Mit dem druckfrischen Mobilitätspakt bringen wir einiges buchstäblich ins Rollen, sowohl für Radfahrer, Fußgänger als auch den Öffentlichen Nahverkehr wird es deutliche Verbesserungen geben - ein Meilenstein für die Mobilitätswende in Nürnberg! Wir informieren über die einzige Jugendbildungsstätte in Mittelfranken, die Burg Hoheneck, die dringend sanierungsbedürftig ist. Wir wollen gemeinsam das Gedenken an die Nürnberger NSU-Opfer mehr in den Mittelpunkt stellen. Nicht zuletzt fordern wir die Einrichtung einer Ethikkommission um unsere Pflegeheime noch besser zu unterstützen.

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe über unseren Standpunkt zu den Demonstrationen von Corona-Leugnern in Nürnberg, die Pläne für das Nachbarschaftshaus Gostenhof, unsere Initiative Stadtratsarbeit digitaler zu machen, die Neugestaltung eines Stadtteilplatzes in St. Peter und eine sinnvolle Verbesserung bei der Entsorgung von Gartenabfällen, die die Menschen im Nürnberger Norden betrifft.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der Depesche, aber vor allem: Bleiben Sie gesund!

*C. Arabackj*

Ihre  
Claudia Arabackj stv. Fraktionsvorsitzende

## Masterplan nachhaltige Mobilität statt Radentscheid: Fahrrad-, Fuß- und Nahverkehr gemeinsam stärken!



Die SPD hat sich mit den Stadtratsfraktionen von CSU, Bündnis 90 / Die Grünen und mit den Initiator\*innen des Nürnberger Radentscheids auf einen Masterplan für nachhaltige Mobilität in Nürnberg verständigt. Dieser Beschluss fügt sich perfekt in eine lange Tradition von SPD-initiierten Beschlüssen für stadtverträgliche Mobilität. Unser Credo ist das Miteinander im Umweltverbund: Fußgänger, Radler und ÖPNV zusammen zu denken.

Die Einigung ist ein weiterer Meilenstein für die Mobilitätswende in Nürnberg. Auf Basis

des Radentscheids wurde dabei ein deutlich weitergehender Richtungsbeschluss für den Umweltverbund im Stadtrat gefasst, weshalb die Initiator\*innen ihren geplanten Bürgerentscheid sogar zurückziehen.

Von dem Verhandlungserfolg profitieren nun nicht nur die Radler, sondern auch Fußgänger, Bus- und Bahn-Nutzer und vor allem: die Umwelt. Denn wir haben mit dem Masterplan einen ambitionierten Arbeitsplan zur Reduzierung des Autoverkehrs und den Ausbau der klimaschonenden Alternativen ausgerufen. Anstatt nur auf einen >>

Verkehrsträger zu blicken, geht es dem Masterplan um ein Miteinander der Verkehrsträger und das gemeinsame Ziel, CO2-neutrale Mobilität der Zukunft zu ermöglichen.

Die SPD setzt sich für den sukzessiven Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel als auch für Platz für Fußgänger ein. In der vergangenen Amtsperiode haben wir zudem einen Fokus auf das Rad gesetzt: Neben den Fahrradstraßen und den ambitionierten Radvorrangrouten hat die SPD auch maßgeblich die Erhöhung des Radverkehrsetats auf den Weg gebracht.

Schon Ende letzten Jahres hat die SPD-Fraktion deshalb öffentlich kundgetan, eine aufwendige Abstimmung und Stimmenauszählung im Rahmen eines Bürgerentscheids in Corona-Zeiten vermeiden zu wollen. Stattdessen hat die SPD-Fraktion auf Verhandlungen mit den Initiatoren des Radentscheids gesetzt, die nun gefruchtet haben. Dadurch spart sich die Allgemeinheit Kosten in Höhe von 700.000 Euro, die nun in nachhaltigen Verkehrsmaßnahmen besser angelegt sind.

**Weitere Informationen:**  
Thorsten Brehm;  
Nasser Ahmed;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Impressum

**Herausgeber:**  
SPD Unterbezirk Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

**Verantwortlich:**  
Thorsten Brehm

**Redaktion:**  
Michael Arnold, Thorsten Brehm

**Grafische Gestaltung:**  
Michael Graf

**E-Mail:** spd@stadt.nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 2312906

**Fax:** 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

**SPD**

## Unterstützung für Pflegeheime in Zeiten von Corona - Einführung einer Ethikkommission



Städtische Pflegeeinrichtungen verfügen, ebenso wie ein Großteil in privater Trägerschaft, über sinnvolle Konzepte, die ihr Personal und ihre Bewohner\*innen in der aktuellen Corona-Situation schützen. Manche Anbieter sind dabei allerdings logistisch und konzeptionell überfordert.

Es bereitet uns Sorge, wenn Nürnberger Heime nicht alleine in der Lage sind PoC-Testungen für Angehörige zu organisieren. Wir als SPD wollen deshalb, dass allen Pflegeeinrichtungen ausreichend Testmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden – für Bewohner\*innen, Angehörige und Personal. Hier muss der Freistaat Bayern aus unserer Sicht aktiv werden. Besuchsverbote müssen wir unbedingt verhindern. Einschränkungen im Besuchsrecht führen nicht nur zur Vereinsamung von Menschen. Demenzkranke sind zum Beispiel auf vertraute Kontakte angewiesen, weil sich Symptome sonst verschlimmern können.

Darüber hinaus tun sich auch in Pflegeeinrichtungen derzeit viele Fragen und ethi-

sche Konflikte auf - zum Beispiel bei Entscheidungen bzgl. Einschränkungen für die hilfs- und pflegebedürftigen Bewohner\*innen. Hier kann die bereits eingebrachte SPD-Idee einer Ethikkommission konkret weiterhelfen. Eine Ethikkommission führt zu mehr Transparenz und ermöglicht bei schwierigen Fragestellungen einen breiten Diskurs. Dabei kann auch ein Leitfaden für Pflegeeinrichtungen erarbeitet werden, der gerade den Angehörigen und Bewohner\*innen die nötige Sicherheit gibt.

Die Sozialreferentin Elisabeth Ries (SPD) hat den Vorschlag einer solchen Kommission bereits in der Nürnberger Pflegekonferenz, einem Gremium der Einrichtungsträger und der Verwaltung, eingebracht und viel positives Feedback erhalten.

**Weitere Informationen:**  
Jasmin Bieswanger;  
Fabian Meissner;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Zukunft von Burg Hoheneck sichern

Bereits seit 1984 betreibt der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt erfolgreich die einzige mittelfränkische Jugendbildungsstätte - die Burg Hoheneck. Sie ist die einzige Burg, die der Stadt Nürnberg wirklich gehört. Die laufenden Zuschüsse hierfür erfolgen sowohl durch die Stadt, den Bezirk Mittelfranken als auch durch Personalkostenzuschüsse seitens des Bayerischen Jugendring.

Die Burg Hoheneck als wichtiger Ort der außerschulischen Bildungsarbeit ist eine Einrichtung, die die Entwicklung der hohen fachlichen Standards der Nürnberger Jugendarbeit zum Ausdruck bringt. Durch die Stadt Nürnberg wird es hier möglich, ehrenamtliche Jugendleiter\*innen aus den

Jugendverbänden Nürnbergs und der Region sowie hauptberufliche Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch vielfältige Angebote fortzubilden. Dies trägt zur bundesweit anerkannten Qualität der Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg bei. Auch Jugendbildungsseminare für Schulklassen, die bezirkswweit in Anspruch genommen werden, sind ein weiteres wichtiges Angebot der Burg.

Seit Aufnahme der Jugendbildungsarbeit vor 36 Jahren fand keine größere Sanierungsmaßnahme statt. Bereits seit zehn Jahren meldet der Kreisjugendring einen wachsenden Sanierungsbedarf an. Dabei geht es sowohl um den allgemeinen Standard

moderner Bildungseinrichtungen als auch die dringend notwendige Erweiterung um barrierefrei zu werden.

Als SPD wollen wir die Zukunft von Burg Hoheneck für die Jugendbildung auch weiterhin sichern. Aufgrund der überregionalen Bedeutung als Jugendbildungsstätte ist aus unserer Sicht zudem eine stärkere finanzielle Unterstützung von Bezirk und Land für Bau, Betrieb und Unterhalt angezeigt. Wir haben deshalb die Stadtverwaltung beauftragt, hierfür die notwendigen Gespräche und Verhandlungen mit dem Bezirk Mittelfranken und dem Freistaat Bayern aufzunehmen.

**Weitere Informationen:**  
Claudia Arabackyj;  
spd@stadt.nuernberg.de



## Stabile VAG-Fahrpreise und günstigeres Sozialticket für 15 Euro



Foto: SPD-Stadtratsfraktion

Seit dem 1. Januar gibt es das neue Sozialticket „Solo 31 Nürnberg-Pass“, mit dem man für 15 Euro rund um die Uhr mobil sein kann. Anspruchsberechtigt sind alle Besitzer\*innen des Nürnberg-Passes. Bisher kostete das Ticket 32,40 Euro, ausgeschlossen waren Fahrten im Berufsverkehr von Montag bis Freitag zwischen 6 und 8 Uhr.

Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe gehen aus Sicht der SPD Hand in Hand. Deshalb hoffen wir, dass sich das Ticket einer großen Nachfrage erfreut. Besonders wichtig ist uns dabei, dass das neue Angebot für viele Menschen, die trotz Arbeit und Einkommen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen

sind, eine echte Ersparnis und finanzielle Erleichterung bedeutet.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist zudem, dass wir das zweite Jahr in Folge bewusst auf eine Tarifierhöhung bei der VAG verzichten. Damit setzen wir ein klares Zeichen, dass wir es mit der Verkehrswende ernst meinen und wir perspektivisch viele neue Kund\*innen für die öffentlichen Verkehrsmittel gewinnen wollen. Hierfür werden wir die Entwicklung der Fahrgastzahlen auch nach Corona weiter im Blick behalten müssen.

Spannend wird das neue Jahr auch bezogen auf das 365-Euro-Jahresticket für alle,

das spätestens 2023 eingeführt werden soll. Leider fehlt seitens des Freistaats Bayern immer noch die Zusage, sich an den Kosten zu beteiligen. Das ist bedauerlich, steht das Vorhaben doch auch im bayerischen Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern. Wir werden deshalb weiter Druck machen und Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit sich auch die Staatsregierung endlich angemessen an den Kosten einer wirklichen Verkehrswende beteiligt.

**Weitere Informationen:**  
Thorsten Brehm;  
spd@stadt.nuernberg.de



# Eine Perspektive für das Nachbarschaftshaus Gostenhof

Das Nachbarschaftshaus Gostenhof (NHG) ist seit Jahrzehnten eine wichtige Institution, nicht nur für den Stadtteil Gostenhof, sondern auch für die gesamte Stadtgesellschaft. Aktuell sind über 100 Vereine dort vertreten. Egal ob Beratungsstelle, Zuwandererorganisation, sozialpolitische Initiative, Selbsthilfegruppe oder der Behindertenrat der Stadt Nürnberg – sie alle tragen zu dem bunten und pulsierenden Angebot bei, welches dieses Haus ausmacht.

Wir als SPD-Stadtratsfraktion wollen, dass dieses pulsierende Leben und die so wichtige Arbeit noch lange im Nachbarschaftshaus stattfinden können. Wie wir alle wissen, bedarf das Gebäude jedoch dringend einer umfassenden Sanierung. Für diese Zeit braucht es eine Interimslösung, damit

die ansässigen Vereine und Akteure weiterhin ihren wichtigen Beitrag für die Stadtgesellschaft leisten können.

Ende des 1. Quartals 2021 wird voraussichtlich die Feuerwehr aus der Alten Feuerwache in der Reutersbrunnenstraße ausgezogen sein. Damit stünde das Areal als Interimsstätte für das Nachbarschaftshaus Gostenhof grundsätzlich zur Verfügung. Diese Chance sollte aus unserer Sicht ergriffen werden. Da dieses Datum immer näher rückt, braucht es nun ein klares Bekenntnis zu dieser Idee und Pläne zur Konkretisierung. Wir haben die Stadtverwaltung deshalb per Antrag aufgefordert Maßnahmen zu treffen, dass auf dem Gelände der Alten Feuerwache während der Sanierungszeit ein Interim für das NHG errichtet werden kann.

Zudem sehen wir in der Sanierung des NHG die Chance das Haus konzeptionell zu stärken und weiterzuentwickeln. Neben Maßnahmen zum Brandschutz und für mehr Barrierefreiheit sollte auch das (Raum-)Konzept überarbeitet werden, um den unterschiedlichen Nutzungsbedürfnissen und -wünschen gerecht zu werden. Wir wollen deshalb, dass die Stadtverwaltung unter Beteiligung der Nutzer\*innen ein aktualisiertes Nutzungskonzept und damit einhergehend ein entsprechendes Sanierungskonzept für das bestehende Nachbarschaftshaus Gostenhof erarbeitet.

**Weitere Informationen:**  
**Yasemin Yilmaz;**  
**spd@stadt.nuernberg.de**



## SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

### GEDENKEN AN DIE NÜRNBERGER NSU-OPFER

Zwischen 2000 und 2005 wurden in Nürnberg Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru und Ismail Yaşar heimtückisch durch den sog. „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ ermordet. In der Stadt der Menschenrechte wollen wir, dass mehr für das Gedenken der NSU-Opfer getan wird. Aus diesem Grund haben wir mit DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die Stadt aufgefordert, an den drei Tatorten Gedenktafeln zu errichten, die außer biografischen Daten der Ermordeten, Informationen zu dem NSU-Komplex enthalten. Zudem wird geprüft, im Umfeld der jeweiligen Tatorte, Straßen(-abschnitte) oder Plätze nach den drei Mitbürgern zu benennen und damit das Gedenken an sie zu bewahren.

### DIGITALE STADTRATSARBEIT IM 21. JAHRHUNDERT

Die Corona-Pandemie schränkt das private und berufliche Umfeld aller Menschen ein. Auch die Arbeit in den Gremien des Stadtrats bleiben davon nicht verschont. Als SPD wollen wir deshalb Lösungen entwickeln, die dem demokratischen Diskurs der Stadtgesellschaft während Corona aber auch danach gerecht werden. Dabei geht es z.B. um die Prozessoptimierung zur Bereitstellung der digitalen Ausschussvorlagen sowie die Prüfung etwaiger Live-Stream-Möglichkeiten. Zur Ausarbeitung einer digitalen Ratsarbeit im 21. Jahrhundert wollen wir zudem eine fraktions- und parteiübergreifende Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verwal-

tung, die hierfür realistische und umsetzbare Formate und Konzepte erarbeitet. Der Digitalisierungsschub der aktuellen Situation soll damit dauerhaft für die Ratsarbeit und den kommunalpolitischen Diskurs genutzt werden.

### QUERDENKER-DEMONSTRATIONEN

Am 3. Januar fanden sich am Hauptmarkt hunderte selbsternannten Querdenker, Corona-Leugner und Rechtsextreme ein. Sie standen dicht gedrängt, häufig ohne Abstand zu halten, teilweise ohne Mund-Nasen-Schutz. Ein solches Verhalten ist in der Pandemie rücksichtslos und verstößt bei dem Infektionsgeschehen gegen geltendes Recht. Das wollen wir so nicht hinnehmen und so etwas darf sich nicht wiederholen. Aus unserer Sicht war absehbar, dass aus dem genannten politischen Dunstkreis gegen die amtlichen Auflagen verstoßen wird. Bei derartigen Verstößen muss eine Demonstration früher und konsequenter aufgelöst werden. Als SPD behalten wir das weitere Querdenker-Demonstrationsgeschehen und die im Vorfeld erteilten oder versagten Genehmigungen konsequent im Blick. Hierfür lassen wir uns von der Stadtverwaltung laufend berichten.

### MEHR GRÜN UND MEHR AUFENTHALTSQUALITÄT - BLEICH- PLATZ IN ST. PETER GESTALTET

Im August 2019 startete die SPD einen Planungsprozess mit den Bewohner\*innen um die Neubleiche in St. Peter. Ziel dabei war es

den Stadtteilplatz als Herzstück für die Menschen vor Ort attraktiver zu machen. Diese Initiative der SPD wird nun umgesetzt. Wir konnten Baumfällungen verhindern und zudem gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Aufenthaltsqualität entwickeln und verbessern. Der Prozess war zudem der Startpunkt für das SPD-Projekt „Möglichkeitsraum“. Die Rathaus-SPD initiierte in der Folge ein Sonderprogramm für Stadtteil-Initiativen, die damit unattraktive Plätze und Straßen in nachbarschaftliche Lebenswelten verwandeln können. Und auch unser positiver Umgang mit den Bäumen vor Ort hat in der Nürnberger Stadtplanung insgesamt zu einem Paradigmenwechsel geführt.

### NEUE GARTENABFALLSAMMEL- STELLE IN DER BAMBERGER STRASSE

Die sieben städtischen Gartenabfallsammelstellen liegen mehrheitlich im Süden des Nürnberger Stadtgebietes. Bürger\*innen aus Schniegling, Wetzendorf etc. müssen daher ihren Abfall bis nach Ziegelstein verbringen. Im Bereich der Bamberger Straße besitzt die Stadt allerdings ein Grundstück, das bisher von einer Baufirma für ihre Baustelleneinrichtung verwendet wurde. Nachdem die Bauarbeiten dort nun beendet worden sind, haben wir die Stadt aufgefordert dort die Einrichtung einer neuen Gartenabfallsammelstelle zu prüfen. Dies würde die bestehenden Sammelstellen im Nürnberger Norden entlasten und unnötigen Verkehr im Norden verhindern.